

Politisch wie militärisch weitsichtige Stärkung unserer Landesverteidigung

Autor(en): **Eberhart, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader**

Band (Jahr): **60 (1985)**

Heft 6

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-713506>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politisch wie militärisch weitsichtige Stärkung unserer Landesverteidigung

Hauptmann Hans Eberhart, Zürich

Die am 11. Dezember 1984 vom Nationalrat mit 144 Stimmen gegebene Zustimmung zur Beschaffung von 380 neuen Kampfpanzern zeitigt mehrere Erkenntnisse. Nach dem Grundsatz «Alle Bewohner des Staates sind geborene Verteidiger desselben, solange sie sich mit ihm und seinen Mitteln identifizieren können» haben die entscheidungsfähigen Politiker eine gefährliche materielle Lücke auf dem Gefechtsfeld geschlossen. Zum andern haben sie mit dieser Schlagkrafterhöhung einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens des Staatsbürgers in seine Armee geliefert. Das ist ein bedeutungsvolles Faktum angesichts des politisch-militärisch unverantwortlichen Rüstungsreferendums. Letzteres bedeutet im Lichte der Panzerbeschaffung denn auch eine Schwächung des Gemeindegeistes und Bürgersinns für das militärisch Notwendige.

«Nur dadurch, dass man die ganze Masse des Volkes bewaffnet, erhält ein kleines (Land) eine Art von Gleichgewicht der Macht in einem Defensivkriege gegen ein grösseres, welches einen Unterjochungskrieg führt und angreift.» Scharnhorst, 1806

Psychopolitische Lehren

Mit Ausnahme vieler nach wie vor in Oppositionshaltung steckender Sozialdemokraten wussten die meisten Politiker, dass das ungefähr 3,4 Milliarden kostende Rüstungsvorhaben in bezug auf die Bundesausgaben durchaus zumutbar war. Welches sind die Gründe für dieses löbliche Eingeständnis? Da ist das nach wie vor vorhandene Bewusstsein um eine militärische Überlegenheit Moskaus, die im nuklearen strategischen und erst recht konventionellen Bereich in den 70er Jahren Wirklichkeit geworden ist. Für einmal haben sie die Rüstungslasten an der tatsächlichen Bedrohungslage gemessen und nicht umgekehrt die Darstellung der Bedrohung an dem Verteidigungsaufwand, den sie für dieses wichtige Rüstungsvorhaben glaubten entbehren zu können. Damit verbunden ist die psychologisch nicht zu vernachlässigende Einsicht, dass sich die verantwortungsbewussteren Politiker nicht von einer in bürgerlichen Demokratien oftmals vorhandenen Anspruchshaltung bezüglich persönlich-sozialer Sicherheit und Wohlstand haben ins Bockshorn jagen lassen. Es ist logisch und erfreulich zugleich, dass die Rüstaufwendungen von diesen Parlamentariern als für den Bürger zumutbar betrachtet worden sind.

Zusammenhang zwischen Verteidigungs- und Sozialpolitik

Hier sich der Zusammenhänge zwischen Innen- und Aussen- beziehungsweise Sozial- und Wohlfahrts- sowie Verteidigungspolitik bewusst zu sein, ist für alle Staatsbürger wichtig. Man darf nicht übersehen, dass sich militärische Unterlegenheit nicht erst im Neutralitäts- oder Verteidigungsfall auswirkt, sondern bereits im Frieden. Mittel, die der eigenen Verteidigung entzogen werden, müssen dann als Tribut und Subsidien dem militärisch überlegenen politischen Aggressor oder dem Beschützer gezahlt werden. Diesbezüglich gilt für alle zu bedenken, dass sich die Notwendigkeit der Rüstung leider viel weniger deutlich im Hinblick auf den Abschreckungs- als Verteidigungsfall erkennen lässt. Schliesslich hatte das Parlament – und

das beweist das Rüstungsgeschäft Leopard 2 deutlich – auch bezüglich der hohen Kosten verursachenden Kampfpanzerbeschaffung die Unterstützung seines Volkes. Dies nicht zuletzt deshalb, weil dessen Freiheits- und Sicherheitsbedürfnis deutlich angesprochen wurden.

Militärischer Wert – Leopard 2 als wirksames Mittel der Verteidigung

Mit der Beschaffung des neuen Kampfpanzers hat das Parlament auch in bezug auf die Motivation des Schweizer Bürger-Soldaten zweifellos weitsichtig gehandelt. Es hat ihm nun ein Mittel in die Hand gegeben, mit dem er sich identifizieren und mit dem er den Waffengang nun eher zu seinen Gunsten entscheiden kann. Leopard 2 ist Panzerkiller und Gazelle zugleich. Er ist gewandt im Gelände, treffsicher, feuerstark und bietet einen zuverlässigen Schutz. Er erweist sich in infanterieschwachem Gelände einem T-72 oder T-80 sowjetischer Bauart als mindestens ebenbürtig. Vor allem wichtig ist, dass unsere Infanterie damit geschützt, verstärkt und entlastet wird. Leopard 2 schafft die Voraussetzungen zur Gewinnung der Handlungsfreiheit und der Initiative dort, wo es für die Entscheidung notwendig ist. Eine gründliche Ausbildung mit dem Panzer muss nun erfolgen. Ein zuverlässiges Kampfmittel kann zu einer gesteigerten Schlagkraft und Dissuasionswirkung nur dann beitragen, wenn es mit einer soliden Ausbildung gepaart wird. Das Instruktionspersonal und die Panzertruppen haben diese deshalb ernst zu nehmen.

Medienpolitische Einsichten

Der Verfasser ist weit davon entfernt, die bezüglich des Panzerbeschaffungsproblems in der Presse und den visuellen Medien artikulierten Meinungsverschiedenheiten zu verkennen. Er ist nicht blind bezüglich Aufklärungsarbeit für den Bürger, für der Sache dienende Informationen, für das Diskutieren und Finden der besten Lösung. Auch kann er die verbreitete Skepsis derjenigen nachempfinden, die glaubten, der Staatshaushalt werde angesichts der Kostensteigerung des Rüstungsmaterials und im personellen Bereich überfordert. Aber dies kann nicht den absoluten Pazifismus und die Propaganda für ein alternativ und extremistisch gemeintes politisch-soziales System im Rahmen der Rüstungspolitik entschuldigen. Die so geführte Diskussion verlässt die Ebene der Sachlichkeit, der zeitgerechten Entscheidungs- und Konsensfindung, nimmt Formen der Verhöhnung und Verhärtung der Gegenseite, der Bös-

artigkeit an. Demgegenüber wichtig ist es, sachlich ausgewogen und kenntnisreich zu informieren. Konkret heisst das, den machtpolitischen Wettstreit der Systeme, den Rüstungsverlauf, aber auch die aus historischer Perspektive gewonnenen Kriegserfahrungen möglichst vorurteilslos darzustellen. Dies ist und bleibt das menschenwürdigste Mittel zum Schutz aller Staatsbürger vor einer undemokratischen, verantwortungslosen Verführung mit Versprechungen eines Epikurs, Lukullus oder Lenins und seiner Nachfolger. ■

Georg Markus

Der Fall Redl

Amalthea-Verlag, Wien, 1984

Der im Jahr 1913 aufgedeckte Verratsfall des k+k Generalstabsobersten Alfred Redl ist bis auf den heutigen Tag der schwerste und verhängnisvollste militärische Verratsfall der Geschichte. Redl, ein über alle Einzelheiten der österreichischen militärischen Vorbereitungen bestens orientierter Offizier, hat während mehreren Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vor allem der russischen, aber auch der französischen und der italienischen Führung alles zur Kenntnis gebracht, was über die Kriegsvorbereitungen seines Landes meldenswert war; er hat seine eigene Armee praktisch den künftigen Feinden ausgeliefert. Aus der Fülle vielfach sehr fantasievolller und ungenaue Schilderungen, und teilweise auch gestützt in- und ausländische amtliche Unterlagen, legt Georg Markus heute eine Gesamtdarstellung des üblen Falles vor, in der vor allem auch die persönlichen Verhältnisse des wegen seiner Homosexualität stark gefährdeten Verräters dargestellt werden. Spannend liest sich die Geschichte seiner Entlarvung und des ihm nahegelegten sofortigen Selbstmordes, mit dem die Sache nach oben und in der Öffentlichkeit vertuscht werden sollte, mit dem aber die volle Abklärung des Falls verunmöglicht wurde. Durch eine höchst banale Indiskretion ist die Sache dennoch publik geworden. – Der Fall des Obersten Redl hat heute noch seine volle Aktualität. Zwei Feststellungen drängen sich besonders auf: Die eine liegt darin, dass Fälle dieser Art weder geheimlich werden können noch dürfen, weil dadurch ihr Schaden unverhältnismässig vergrössert wird. Und zum zweiten zeigt der Verratsfall Redl, welches schicksalhafte Gewicht solchen Vorkommnissen zukommen kann; die schweren Krisen, welche die österreichisch-ungarische Armee in den ersten Kriegphasen durchmachte, und die bitteren Verluste, die vor allem das Offizierskorps erlitt, waren zu einem grossen Teil eine Folge der Treulosigkeit eines einzelnen. Kurz